

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1987)
Heft: 2: 50 Jahre Arbeitsfrieden

Artikel: Ausländerpolitik : eine kampflos erlittene Niederlage
Autor: Zuppinger, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ausländerpolitik: Eine kampflos erlittene

NIEDERLAGE



Urs Zuppinger ist seit Jahren in anti-fremdenfeindlichen Bewegungen aktiv. Früher Mitglied der GBH, heute Sekretär des VPOD VD.

Der Kapitalismus kommt ohne Arbeitslosigkeit nicht aus. Er braucht eine «Arbeitskräftereserve» zum Ausgleich seiner ungleichmässigen und schwankenden Wirtschaftsentwicklung. Ohne Arbeitslosigkeit können die ArbeitnehmerInnen auch nicht zum Gehorsam gezwungen werden. Schliesslich spielt die Arbeitslosigkeit eine grosse Rolle, in dem sie einen Teil der Arbeiterschaft zwingt, schlechtere Arbeitsbedingungen anzunehmen. Dieses bekannte Erklärungsschema passt auf viele Länder gut, hingegen in keiner Weise auf die Schweiz.

«Sonderfall Schweiz»

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Arbeitslosigkeit bei uns während fast drei Jahrzehnten sozusagen unbekannt und auch heute ist sie noch erstaunlich klein. Die Unternehmer wurden jedoch mit den Wirtschaftskrisen der siebziger und achtziger Jahren leichter fertig als ihre Kollegen aus anderen Ländern. Ihre soziale Vorherrschaft ist kaum irgendwo so wenig umstritten wie bei uns.

Besser als Kaffee-Ersatz

Die Erklärung dieser schwei-

zerischen Sonderstellung ist bekannt: Die geschichtlich bedingte Vorzugsstellung des schweizerischen Kapitalismus hatte zur Folge, dass die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unter Arbeitskräfteüberschuss sondern unter Arbeitskräftemangel litt und daher massiv ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen anzog. Dank einem komplexen Gefüge von Rechtseinschränkungen hat das schweizerische Bürgertum seither die ausländischen Arbeitskräfte in einen perfekten «Arbeitslosen-Ersatz» verwandelt.

Dabei hat es sich erwiesen, dass der «Ersatz» in vielen Belangen das «Original» bei weitem übertrifft:

- Wer nur ein bedingtes Aufenthaltsrecht hat, kann völlig legal heimgeschickt werden, wenn ihn die nationale Wirtschaft nicht mehr benötigt. Mit diesem perfiden Trick hat es die Schweiz fertig gebracht, während der schweren Krise der siebziger Jahre die Arbeitslosigkeit in einen neuen Exportartikel zu verwandeln und damit die wirtschaftlichen und politischen Kosten auf die Ursprungsländer abzuwälzen.

- Die rechtliche Ungleichheit zwischen ausländischen und schweizerischen ArbeitnehmerInnen lähmt die Widerstandskraft der Arbeiterschaft gegenüber den Anforderungen der Unternehmer. Die schweizerischen ArbeitnehmerInnen hoffen, dass sie auf Kosten der AusländerInnen verschont würden. Die ausländischen ArbeitnehmerInnen fühlen sich wehrlos in der Minderheit.

- Die verschiedenen Statute (Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung einerseits, – GrenzgängerInnen, SaisonarbeiterInnen, KurzaufenthalterInnen und SchwarzarbeiterInnen andererseits) haben es dem Bürgertum erlaubt, den Arbeitsmarkt in

Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter



Foto: Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung

verschiedene den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen angepasste Zonen aufzuteilen. Über die Bewilligungspraxis kann der Staat in sehr einfacher Weise das Arbeitskräftepotential manipulieren. Offiziell ist die Schweiz ein Paradies der «freien Marktwirtschaft». Ohne viel Lärm darum zu machen, verfügt das schweizerische Bürgertum jedoch mit dem Ausländergesetz über perfektes Mittel der staatlichen Wirtschaftsplanung.

Ein wenig Geschichte ...

In den fünfziger und sechziger Jahren nutzte der schweizerische Kapitalismus die bestehenden Profitmöglichkeiten durch eine arbeitskräfteintensive Wirtschaftspolitik. Um den Arbeitskräftedurst der Unternehmenschaft zu löschen, wurden die staatlich regulierten Immigrations-schleusen offen gehalten.

Im Laufe der sechziger Jahre kam das schweizerische Bürgertum zum Schluss, dass die zunehmende internationale Konkurrenz in den Exportbranchen ein rasches Umschwenken auf eine kapitalintensive, Arbeitskräfte sparende Wirtschaftspolitik, erfordere. Anfangs der siebziger Jahre wurde daher eine radikale Kontingentierung der Aufenthaltsbewilligungen vollzogen. Um einzelne Wirtschaftszweige (Bau, Tourismus, Landwirtschaft, Kleinindustrie) durch dieses Schwenkmanöver nicht in Schwierigkeiten zu bringen, wurde jedoch gleichzeitig die Zulassung der GrenzgängerInnen, der SaisonarbeiterInnen und der KurzaufenthalterInnen weiterhin «liberal» gehandhabt. Durch verschärfte Polizeikontrollen und Erschwerung der Übergangsbedingungen vom Saison- zum Aufenthaltsstatut wurde zudem eine klare Trennung des kontingentierten und unkongingentierten Teils der aus-

ländischen Arbeitskräfte her- gestellt.

Dank dem Arbeitsfrieden konnte das schweizerische Bürgertum diese klassen- spalterische Ausländerpoli- tik vorantreiben, ohne je auf einen nennenswerten Wider- stand zu stossen. *Unsere Ar- beitnehmerorganisationen* lies- sen sich davon einfangen und haben sich darin nach kurzer Zeit fast hoffnungslos ver- strickt.

An der Spaltung mitbeteiligt

Da im Arbeitsfrieden die Ar- beitsbedingungen nur durch geschickte Ausnutzung der vorgegebenen Spannungen auf dem Arbeitsmarkt ver- bessert werden können, be- trachteten die Verantwortli- chen der schweizerischen Ar- beiterbewegung die eintref- fenden ausländischen Arbei- terInnen von Anfang an als reine Spielverderber. Anstatt sie als ArbeitskollegInnen zu empfangen wurden die aus- ländischen ArbeiterInnen als Konkurrenten behandelt.

Die VerteidigerInnen der Arbeitsfriedenspolitik hatten zudem Angst, unter dem Druck der ausländischen Ar- beitnehmerInnen in ihren ei- genen Reihen politischen Einfluss zu verlieren.

Die Gewerkschaften tra- ten daher lange Zeit als ein- seitige Interessenvertreter der schweizerischen Arbeitneh- merInnen auf. In Sachen Ausländerpolitik beschränk- te sich ihre zentrale Forde- rung auf die konsequente po- lizeiliche Kontingentierung der Neuankömmlinge. Die damit verbundenen Ein- schränkungen der Menschen- rechte wurden mehr oder we- niger stillschweigend gebil- ligt. Bis in die Mitte der sieb- ziger Jahre sagte die Arbei- terbewegung zur offiziellen Ausländerpolitik grundsätz- lich ja und forderte bloss mehr Konsequenz und eine raschere Durchführung.

Noch bedenklicher stimmt die nationalistische Kompo- nente der gewerkschaftlichen Ausländerpolitik. Aus ideolo- gischen Gründen hat das schweizerische Bürgertum seit langem die wirtschaftliche Zielsetzung seiner Auslän- derpolitik mit einem nationa- listischen Mäntelchen um- hüllt. (Es soll nie vergessen werden, dass der Begriff der «Überfremdung» aus dem immer noch gültigen Auslän- dergesetz von 1931 stammt.)

Auch hier ist die Arbeiter- bewegung dem Bürgertum voll auf den Leim gegangen: Als erste hat sie seit 1956 vor einer «drohenden Überfrem- dung» gewarnt. Als dann Ja- mes Schwarzenbach, Valen- tin Oehen und die Nationale Aktion fremdenfeindliche Volksinitiativen zu lancieren begannen, versuchte die Ar- beiterbewegung sich gegen diesen rechtsextremen An- sturm zu wehren. Es gelang ihr jedoch nicht eine ein- leuchtende politische Alter- native zu entwickeln. Auch auf dieser Ebene brachte die Arbeitsfriedenspolitik in der Ausländerfrage nicht viel mehr als einen bedeutenden Einflussverlust!

Dennoch nicht hoffnungslos

Um 1975 hat die Arbeiterbe- wegung endlich erkannt, dass sie mit ihrer Haltung in eine Sackgasse geraten war. Seit- her sucht sie nach Auswegen. Eine Öffnung gegenüber den ausländischen Arbeitnehmer- Innen wurde notwendig, um die gewerkschaftlichen Mit- gliederbestände zu wahren. In vielen Gewerkschaften spielen AusländerInnen heu- te eine reelle Rolle. Die Fra- ge der sozialen und politi- schen Gleichberechtigung hat endlich ein gewisses Gewicht erhalten. Eine Mehrheit von Gewerkschaften haben 1980/ 81 die Mitenandinitiative und in diesem Jahr das Referend- um gegen die zweite Revision des Asylgesetzes unterstützt.

Auch hier ist die Arbeiterbewegung dem Bürgertum auf den Leim gegangen



Foto: Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Kontingentierungsfor- derung, und mit ihr eine völ- lig positive Wertung der po- lizeilichen Kontrolle der ausländischen Arbeiterschaft, bleiben jedoch das zentrale Anliegen der Gewerkschafts- führungen.

Die Schwierigkeiten einer effektiven und tiefgreifenden Kursänderung in der Auslän- derfrage dürfen nicht unter- schätzt werden. Die Un- gleichheit von SchweizerIn- nen und AusländerInnen wurde von der Arbeitneh- merschaft dieses Landes zu tiefst integriert. Die im Aus- ländergesetz verankerte Klas- senspaltung stellt heute eines der grössten Hindernisse für die Wiederbelebung der Ar- beiterbewegung dar. Be- kanntlich sind keine Nieder- lagen schwerer zu überwinden als diejenigen, die kampflös eingesteckt worden sind. Es gibt jedoch nur eine Lösung für dieses Problem: *Entschei- dend ist auch in der Auslän- derfrage, dass es endlich ge- lingt, den Wert der Arbeiter- solidarität, ohne Rücksicht auf die Herkunftsländer, vor einer breiten Arbeitnehmer- basis durch erfolgreiche Ge- werkschaftskämpfe unter Be- weis zu stellen.* Die Tatsache, dass in den letzten Monaten, trotz einer wirtschaftlich re- lativ guten Lage, Bauarbei- ter, Eisenbahnler, Postange- stellte und Spitalangestellte zur aktiven Verteidigung ih- rer Interessen schritten, gibt zu neuen Hoffnungen An- lass.

Für die Entwicklung einer neuen, progressiven Auslän- derpolitik der Arbeiterbewe- gung ist es ausschlaggebend, auf diesem Weg in raschen, grossen Schritten weiterzu- kommen. In ein paar Jahren kommt die nächste, noch per- fidere Überfremdungsinitia- tive der Nationalen Aktion zur Abstimmung. Es muss vermieden werden, dass bei dieser Gelegenheit alles wie- der bachab geht!